

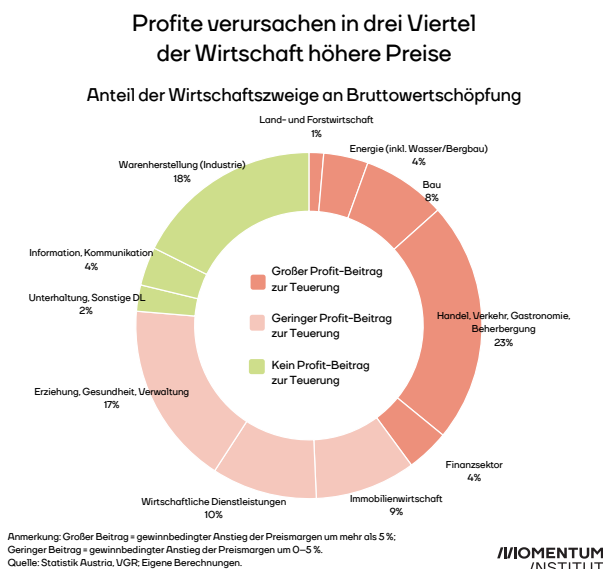
/ Die Profit-Preis-Spirale in Österreich

Viele Betriebe erhöhen ihre Preise stärker, als die Kosten es verlangen. Damit verursachen sie direkt einen Teil der Teuerung.

Ein Teil der österreichischen Inflation ist hausgemacht: Heimische Unternehmen haben nicht nur ihre gestiegenen Energiekosten an Konsument:innen weitergegeben, sondern auch ihre Gewinnspannen und damit Profite erhöht. Für die USA und Deutschland bestätigten wissenschaftliche Untersuchungen das Phänomen (Konczal/Lusiani 2022; Bivens 2022). Auch in Kanada und Australien treiben Profite die Inflation (Richardson et al. 2022; Stanford 2022). In Österreich ist zumindest für die heimische Energiebranche bekannt, dass sie einen großen Teil der Teuerung beim Sprit durch Ausweitung ihrer Profite selbst verursacht hat. Heimische Raffinerien und Tankstellen haben ihre Preismargen deutlich erhöht (Bundeswettbewerbsbehörde 2022). Wie verbreitet ist die Ausweitung der Gewinnspannen aber in anderen Branchen?

Eine Analyse der Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt, dass eine Profit-Preis-Spirale auch in Österreich nachgewiesen werden kann. Drei Viertel der österreichischen Wirtschaft sind von dieser Profit-Inflation betroffen. Für 40 Prozent der heimischen Wirtschaft sind profitgetriebene Preiserhöhungen sehr relevant – die Gewinnmargen der Unternehmen stiegen dort zumindest um fünf Prozent, teils aber um ein Vielfaches davon. Höhere Profite verursachen in diesen Branchen deutlich höhere Produktionspreise. Für weitere 36 Prozent der heimischen Wirtschaftszweige (gewichtet nach Größe der Branche) spielt die Profit-Inflation eine Rolle, leistete aber nur einen geringen Beitrag zu höheren Erzeuger-Preisen in der Branche. Nur für knapp ein Viertel der heimischen Wirtschaft (24% der Bruttowertschöpfung) gibt es keine Profit-Preis-Spirale.

Besonders in der Energie- und der Bauwirtschaft, aber auch im Wirtschaftsbereich „Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie“ setzten Betriebe die Preisaufschläge hinauf, um höhere Profite einzufahren. Die Inflation in diesen Branchen ist damit durch Profitsteigerungen getrieben. Energiekonzerne, Baufirmen und Handelsunternehmen nutzen eine Situation der Knappheit, spielen ihre große Marktmacht aus, oder setzen im Windschatten der Teuerung hohe Preiserhöhungen durch (De Loecker/Eeckhout/Unger 2020). Erst die Profitsprüche der Betriebe verursachen damit direkt einen Teil der Teuerung.



Profitgetriebene Preiserhöhungen in Österreich

Im Jahr 2022 lag die Inflation in Österreich bei 8,6 Prozent. Ausgehend von hohen Energiepreisen erfasste die Teuerung in den letzten Monaten immer mehr Produkte und Dienstleistungen. Denn Unternehmen geben die gestiegenen Energiekosten für ihre Produktion an die Konsument:innen weiter. In diesem Zusammenhang war in den letzten Monaten öfter von „importierter Inflation“ die Rede (Kurier 2022) – schließlich wird ein Großteil der fossilen Energie in Österreich (Öl und Gas) aus anderen Ländern importiert (Statistik Austria 2022). In vielen Fällen haben Unternehmen allerdings die Möglichkeit, im Schatten der allgemeinen Teuerung ihre Preise über die gestiegenen Produktionskosten hinaus zu erhöhen – vor allem, wenn Unternehmen wenig Konkurrenz haben und Konsument:innen kaum auf Preisänderungen reagieren. In diesem Fall ist die Teuerung nicht nur importiert, sondern hausgemacht. Fließen die höheren Preismargen in weiterer Folge in höhere Profite, spricht man von Inflation aufgrund von Unternehmensprofiten – „Profit-Preis-Spirale“ oder lapidar „Gierflation“ (in den USA sind die Begriffe „profitflation“ und „greedflation“ verbreitet). Die gestiegenen Produktionspreise fließen dann vermehrt in Unternehmensprofite. Sie dienen nicht mehr dazu, höhere Kosten abzudecken – wie etwa zugekaufte Vorleistungen oder eigene Kosten im Unternehmen wie Löhne für Mitarbeiter:innen. Ragnitz (2022) bestätigte das zuletzt für einige Branchen in Deutschland. Auch in den USA finden Untersuchungen einen starken Anstieg der Preisaufschläge (Konczal/Lusiani 2022).

Diese Kurzstudie widmet sich daher zunächst der Frage, wie sich die Preise für die heimische (österreichische) Produktion von Gütern bzw. die Bereitstellung von Dienstleistungen unabhängig von gestiegenen Vorleistungskosten (wie höhere Energiepreise) entwickelt haben. Anschließend wird untersucht, wer von höheren Preisen für die erzeugte und verkaufte Produktion profitiert hat: Ob die generierten Zusatzeinnahmen an die Unternehmen gehen in Form höherer Profite oder an Arbeitnehmer:innen in Form höherer Löhne und mehr Beschäftigter. Damit lässt sich feststellen, ob und in welchen Branchen es zu Preiserhöhungen aufgrund von höheren Profiten gekommen ist. Abschließend werden die Ergebnisse gemeinsam mit möglichen politischen Handlungsoptionen diskutiert. Die detaillierte methodische Vorgehensweise findet sich im Methodenanhang.

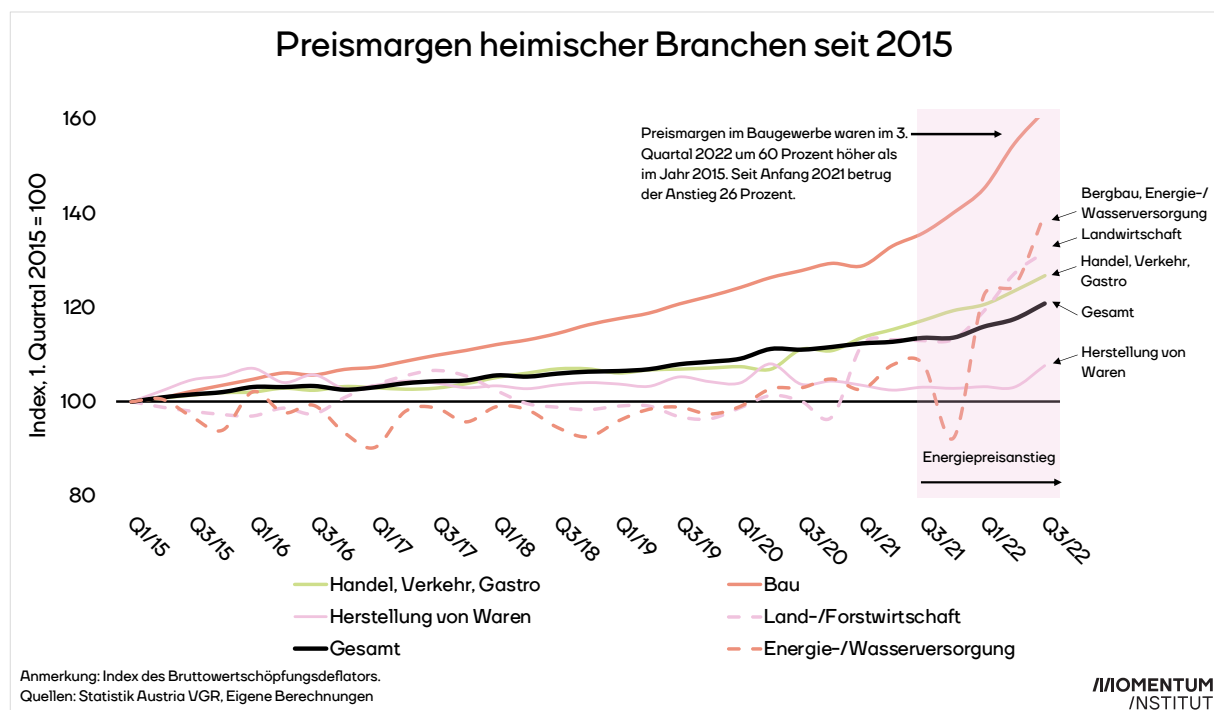
Inflation „Made in Austria“

Aus volkswirtschaftlicher Sicht berücksichtigen Unternehmen bei der Preissetzung mehrere Faktoren. Dazu zählen erstens die Vorleistungen. Dabei handelt es sich um Produkte, die von Lieferanten eingekauft und anschließend im eigenen Betrieb weiterverarbeitet werden. Bei einem Autohersteller zählen etwa zugekaufte Gurte oder Reifen zu den Vorleistungen. Bei Bäcker:innen gehören Mehl von Mühlen, Wasser oder Strom von Energieproduzenten zu den Vorleistungen. Zweitens spielen die Personalkosten eine wichtige Rolle, denn zur Produktion, zur Weiterverarbeitung oder zum Verkauf von Waren braucht es schließlich Arbeitskräfte im eigenen Betrieb, die entsprechend entlohnt werden müssen. Drittens kalkulieren Unternehmen Gewinnaufschläge ein. Die Gewinnaufschläge variieren je nach Konkurrenzsituation. Haben Unternehmen mehr Konkurrenz, dann sind die Gewinnaufschläge tendenziell kleiner, denn dann können sich die Unternehmen preislich gegenseitig unterbieten. Hier kann es auch vorkommen, dass Unternehmen kurzfristig die Preise für ihre Vorleistungen gar nicht in vollem

Ausmaß weitergeben und damit geringere Profite oder sogar Verluste in Kauf nehmen, um andere Unternehmen mittels niedriger Preise aus dem Markt zu drängen. Haben Unternehmen dagegen Marktmacht, wie etwa eine lokale Monopol- oder Oligopolstellung, können sie in der Regel höhere Gewinnaufschläge an ihre Kund:innen verrechnen. Abgesehen von diesen drei Faktoren spielen außerdem Produktionssteuern und staatliche Subventionen eine Rolle für die Preissetzung. Verglichen mit den anderen Faktoren, ist der Einfluss allerdings viel kleiner.

Die Summe aus den Personalkosten (Arbeitnehmerentgelt), Profiten (Bruttobetriebsüberschuss) und dem Saldo aus Produktionssteuern- und Subventionen wird *Bruttowertschöpfung* genannt. Vorleistungen sind bereits abgezogen. Die Bruttowertschöpfung wird jedes Quartal von der Statistik Austria im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erhoben und zu nominellen und realen Werten veröffentlicht.

Die realen Werte sind preisbereinigt, Veränderungen in der realen Bruttowertschöpfung bilden daher Veränderungen des Produktionsvolumens ab: Produziert ein Unternehmen mehr Autos, dann steigt die reale Bruttowertschöpfung. Steigen nur die Preise, dann bleibt die reale Bruttowertschöpfung konstant. Die nominelle Bruttowertschöpfung beinhaltet dagegen auch Preisveränderungen. Steigt die nominelle Bruttowertschöpfung schneller als die reale Bruttowertschöpfung, dann bedeutet das, dass die gleiche Produktionsmenge zu einem höheren Preis verkauft wurde. Nachdem Vorleistungen nicht in der Bruttowertschöpfung enthalten sind, kann man sagen, dass sich die Preismargen der Unternehmen erhöht haben, die sie auf ihre eigenen Produktionskosten aufschlagen – zusätzlich zu eventuell gestiegenen Kosten und Preisen für Vorleistungen. Höhere Preismargen bewirken höhere Erzeugerpreise, diese anschließend auch höhere Preise für heimische Verbraucher. Erhöhen Unternehmen also ihre Preismargen, dann führt das zu einer höheren Inflation.

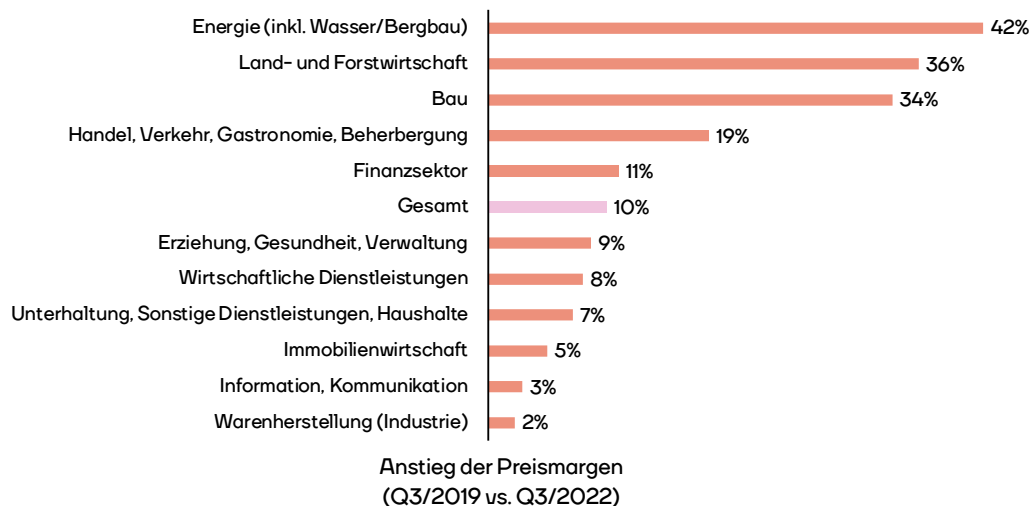


Insgesamt stiegen die Preise für die eigene Produktion in Österreich seit 2015 um rund 25 Prozent. Verglichen mit 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie, liegen die Preise jetzt im Schnitt um 16 Prozent höher. Die heimischen Unternehmen haben also ihre Absatzpreise deutlich über die gestiegenen Energie- und Vorleistungskosten hinaus erhöht und damit zur Inflation der Produktionspreise beigetragen. Auch das Tempo der Preisanstiege ist rasant gewachsen:

Vor der Corona-Pandemie erhöhten die Unternehmen ihre Preise für die eigene Produktion relativ gleichmäßig um 1,5 Prozent pro Jahr. Dieses Jahr erhöhten Unternehmen ihre Preise deutlich drastischer. Im Schnitt über die letzten drei Quartale stiegen sie um 4,6 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresquartalen. Einige Branchen erhöhten ihre Preise für die eigene Produktion sogar noch stärker.

Wie in der oberen Abbildung ersichtlich ist, kam es in den letzten Jahren teilweise zu erheblichen Schwankungen. Diese hängen einerseits mit Saisonalitäten zusammen. Dabei handelt es sich um Schwankungen, die in regelmäßigen Abständen – beispielsweise immer im dritten Quartal – auftreten. Andererseits dürfte aber auch die Corona-Pandemie mit ihren Lockdowns und staatlichen Subventionen zu Schwankungen geführt haben. Um dieses Problem zu umgehen, nehmen wir als Vergleichszeitraum zu den aktuellsten Zahlen aus dem dritten Quartal 2022 das dritte Quartal 2019 herangezogen – ein Abstand von drei Jahren, deutlich vor dem großen Auftritt des Corona-Virus.

Welche Branchen die Preise für ihre heimische Produktion seit 2019 erhöhten



Anmerkung: Veränderung des Bruttowertschöpfungs-Deflators seit dem 3. Quartal 2019 bis zum 3. Quartal 2022
Quellen: Statistik Austria, VGR; eigene Berechnungen

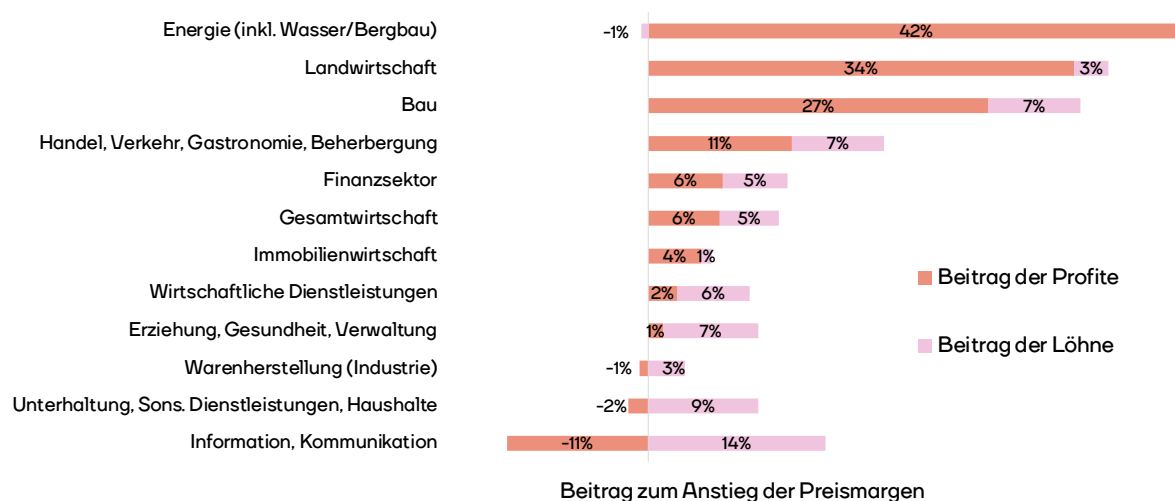
Das Baugewerbe verlangt als Preis für seine Produktion seit dem dritten Quartal 2019 um 34 Prozent mehr, die Energiewirtschaft (inklusive den kleineren Sektoren Wasserversorgung und Bergbau) um 42 Prozent mehr. Deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft erhöhten auch die Betriebe der Landwirtschaft sowie jene in „Handel, Verkehr und Gastronomie“ ihre Wertschöpfungspreise, um 36 bzw. 19 Prozent. Unterdurchschnittlich zu den Preiserhöhungen der Gesamtwirtschaft (10,2 Prozent) hat hingegen die Warenherstellung beigetragen. In diesen Wirtschaftsbereich fallen einige energieintensive Branchen wie die metallherzeugende Industrie. Sie benötigen meist große Mengen Energie und sind damit von den steigenden

Energiepreisen stärker betroffen. In diesem Wirtschaftsbereich fielen die Preisaufschläge jedoch zunächst geringer aus. Erst im dritten Quartal 2022 gab es auch dort einen leichten Anstieg. Im Vergleich zum dritten Quartal 2019 sind die Aufschläge um 2 Prozent höher.

Steigende Profite trotz hoher Energiepreise

Gestiegene Preise für die heimische Bruttowertschöpfung bedeuten, dass die heimischen Unternehmen ihre Preise auch abseits der gestiegenen Energiekosten und anderer gesteigener Vorleistungspreise erhöht haben. Je produzierter Einheit haben die heimischen Unternehmen also mehr Einnahmen verzeichnen können. Je nach Branche und Unternehmen können diese höheren Einnahmen unterschiedlich verwendet werden: Sie fallen entweder den Unternehmensbesitzer:innen in Form höherer Unternehmensprofite zu, oder den Arbeitnehmer:innen in Form höherer Löhne. Ein kleiner Teil der höheren Preise fließt außerdem in der Form von Produktionsabgaben an den Staat, etwa über die Mehrwertsteuer. Vom Staat erhalten die Unternehmen aber auch Subventionen, die ebenso verteilt werden können, und die in Zeiten der Corona-Krise außergewöhnlich hoch ausgefallen sind (Hasdenteufel/Sturn 2022).

Profit-Preis-Spirale trägt zur hausgemachten Inflation bei



Anmerkung: Beiträge zum Preisdeflator der Bruttowertschöpfung nach Branchen, Veränderung 3. Quartal 2022 im Vergleich zu 3. Quartal 2019. Ausgenommen Gesamtwirtschaft enthalten Gewinnstückkosten Produktionsabgaben und Subventionen. Quellen: Statistik Austria, VGR; eigene Berechnungen

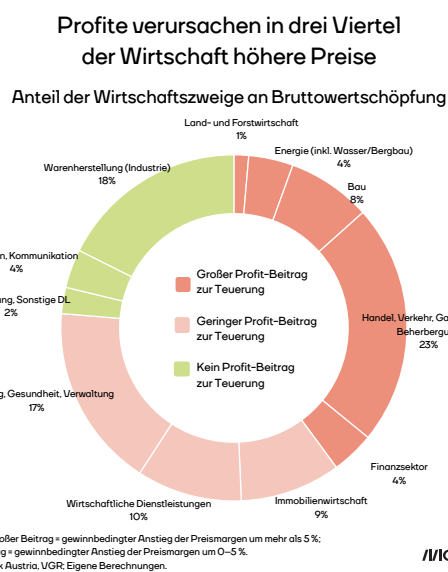
Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen, dass sich die gestiegenen Preismargen gesamtwirtschaftlich betrachtet recht gleichmäßig auf die Löhne bzw. Gehälter und Profite verteilt haben, wobei die Profite einen etwas größeren Anteil bekommen haben: Insgesamt stiegen die Preismargen im Zeitraum drittes Quartal 2019 bis drittes Quartal 2022 um rund 10,2 Prozent an, rund 4,6 Prozentpunkte davon flossen in Löhne und Gehälter und rund 5,6 Prozentpunkte in Profite.

Allerdings gibt es dabei große Unterschiede je nach Branche. In manchen Branchen sind die gestiegenen Preismargen zum Großteil in Profitsteigerungen geflossen. In diesen Branchen

kann man daher tatsächlich von „profitgetriebener-Inflation“ sprechen. Die Land- und Forstwirtschaft erhöhte ihre Preismargen seit dem dritten Quartal 2019 etwa um etwas mehr als 36 Prozent. Der Großteil davon – knapp 34 Prozentpunkte – floss in zusätzliche Profite, nur rund 3 Prozentpunkte flossen in Arbeitnehmerentgelte. Beim Bau flossen von 34 Prozent Margensteigerung rund 27 Prozentpunkte in höhere Profite. In der Energiewirtschaft flossen sämtliche Margenerhöhungen in zusätzliche Profite. Tatsächlich dürften die Löhne in dieser Branche den Anstieg der Margen sogar gedämpft haben. Die Zahlen addieren sich aufgrund von Rundungsfehlern nicht immer genau auf die Zahlen in der vorangegangenen Abbildung.

In anderen Branchen zeigt sich dagegen das umgekehrte Bild: Bei der Warenherstellung, bei den sonstigen Dienstleistungen und in der Kommunikations- und Informationsbranche flossen die höheren Preismargen vorwiegend in Arbeitnehmerentgelte. Sinkende Profitanteile haben dort den Anstieg der Margen gedämpft.

In rund drei Viertel (76 Prozent) der österreichischen Wirtschaft (gemessen im Anteil an der Bruttowertschöpfung) steigern somit Profite die Teuerung. Die Energie-, Land- und Bauwirtschaft, sowie der Bereich „Beherbergung, Handel, Verkehr und Gastronomie“ und der Finanzsektor machen mit besonders hohen Beiträgen zur Profit-Preis-Spirale rund 40 Prozent der Bruttowertschöpfung aus. In der Immobilienwirtschaft, bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Bereich „Erziehung, Gesundheit und Verwaltung“ (insgesamt 36 Prozent der Bruttowertschöpfung) tragen Profite in geringerem Ausmaß zur Teuerung bei. Keine Rolle spielen steigende Profite für Erzeugerpreise in Branchen, die 24 Prozent der Wirtschaft ausmachen. Hier ist zu vermuten, dass die Wettbewerbssituation der Branche es nicht zuließ, dass Unternehmen mit ihren steigenden Kosten auch ihre Profite entsprechend erhöhen. Während Vorleistungskosten und Lohnkosten stiegen, trug ein „Profitverzicht“ in den Branchen „Information und Kommunikation“ sowie in den „Sonstigen Dienstleistungen“ (inklusive Unterhaltung und Haushalte) dazu bei, dass die Erzeugerpreise dort nicht stärker anstiegen.

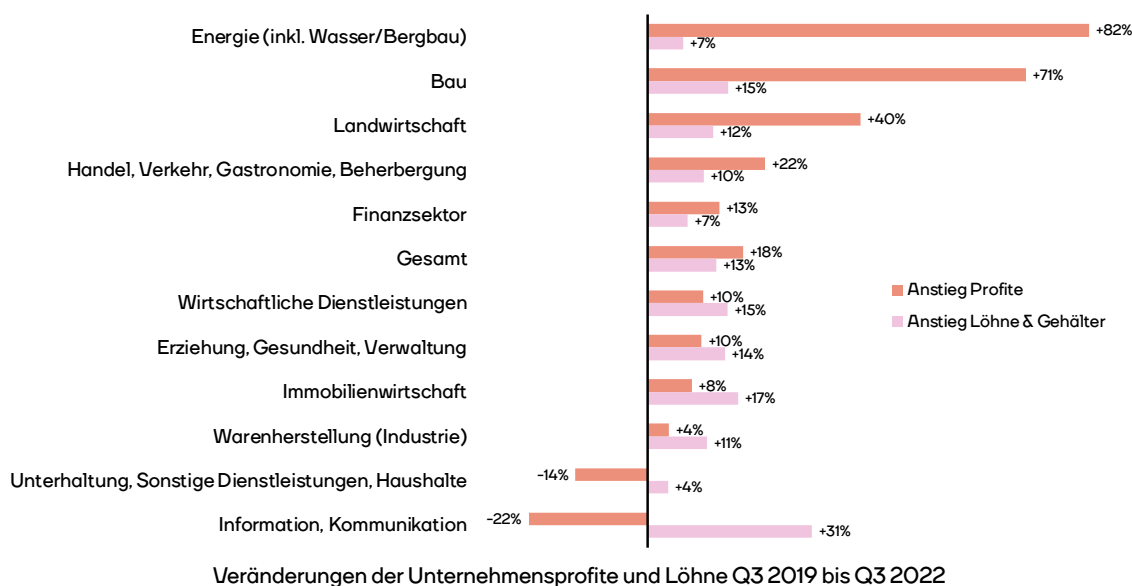


Starke Profitsteigerungen in Bau-, Energie- und Landwirtschaft

Die soeben dargestellten Entwicklungen beziehen sich auf die Verteilung der erhöhten Preismargen also auf die zusätzlichen Einnahmen je verkaufter Einheit. Bei zumindest gleichbleibender Menge an abgesetzten Waren und Dienstleistungen führen die dargestellten Preiserhöhungen in weiterer Folge zu höheren Einnahmen und damit zu höheren Lohnsummen und Profiten.

Insgesamt zeigen die Daten, dass es vom dritten Quartal 2019 zum dritten Quartal 2022 in fast allen Branchen zu Profitsteigerungen gekommen ist. Gesamtwirtschaftlich stiegen die Profite um 18 Prozent, während die Löhne nur um 12 Prozent gestiegen sind. In einigen Branchen stiegen die Profite innerhalb der letzten drei Jahre sogar beträchtlich an. In der Energiewirtschaft stiegen sie etwa um 82 Prozent an. Das entspricht einem Zuwachs von 1,4 Mrd. Euro. In der Baubranche stiegen die Profite um 71 Prozent, in der Landwirtschaft um 40 Prozent und im Bereich „Handel, Verkehr, Gastronomie und Beherbergung“ um 22 Prozent. In absoluten Zahlen entspricht das einem Anstieg der Profite um 1,7 Mrd. Euro (Baubranche), 0,3 Mrd. Euro (Landwirtschaft) und 2 Mrd. Euro (Handel, Verkehr, Gastronomie und Beherbergung). Die Lohnsumme wuchs in diesen Branchen dagegen lediglich um 7 (Energiewirtschaft) bis 15 Prozent (Bau). Dabei ist zu beachten, dass die Lohnsumme sowohl aufgrund höherer Löhne als auch aufgrund von höherer Beschäftigung steigen kann.

Branchenübergreifend Profitsteigerungen trotz hoher Energiekosten



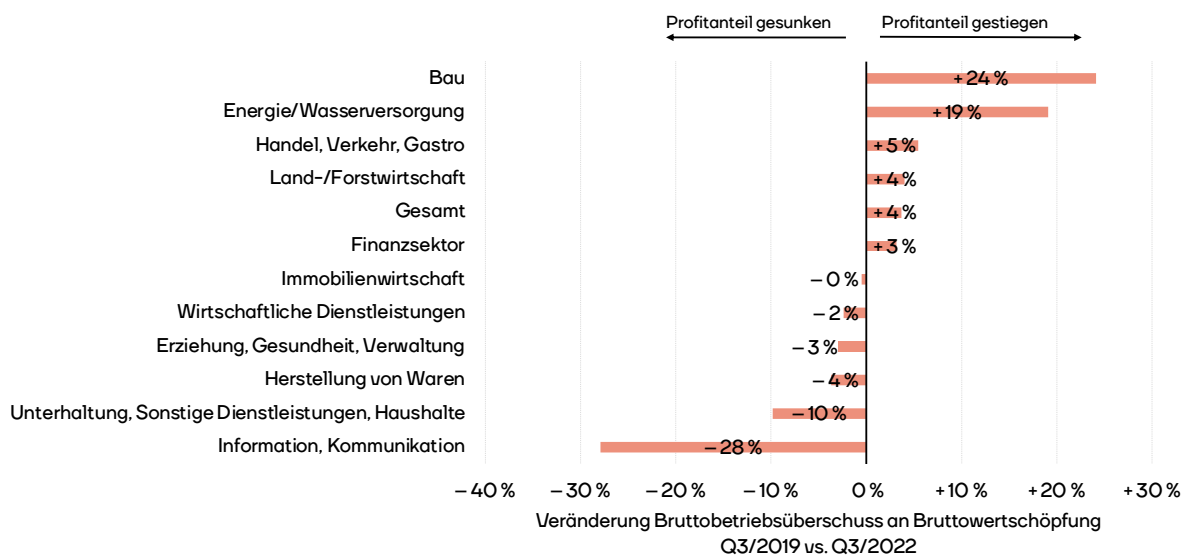
Anmerkung: Gewinne enthalten Produktionsabgaben und Subventionen.
Quellen: Statistik Austria, VGR; eigene Berechnungen

In anderen Branchen verzeichneten die Lohnsummen dagegen stärkere Zuwächse als die Profite. So stieg die Lohnsumme etwa in der Verwaltung, im Gesundheits- und im Erziehungsbereich um 14 Prozent (1,7 Mrd. Euro). Das ist wenig überraschend, weil ein großer Teil des öffentlichen Sektors in diesen Branchen beheimatet ist und dieser per definitionem keinen Profit macht. In der Industrie stieg die Lohnsumme um 11 Prozent (1 Mrd. Euro) und bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen um 15 Prozent (0,8 Mrd. Euro). Die Profite stiegen in den drei Branchen jeweils um 10, 4 und 10 Prozent.

In der Informations- und Kommunikationsbranche, sowie in der Unterhaltungsbranche und bei den sonstigen Dienstleistungen wurden die Inflation nicht von Profiten getrieben statt. In den beiden Branchen sanken die Profite um 14 bzw. 22 Prozent, während die Lohnsumme um 4 bzw. 31 Prozent stieg. Der Anstieg der Lohnsummen entspricht dabei 0,6 und 0,1 Mrd. Euro. Eine genaue Aufstellung der absoluten Veränderungen der Lohnsummen und Profite findet sich im Anhang.

Ein weiterer Indikator für eine Profit-Preis-Spirale ist, wenn sich die Unternehmer einen größeren Anteil „am Kuchen“ – also der erzielten Bruttowertschöpfung – abschneiden. In den Branchen, in denen die Profite stärker als die Löhne gestiegen sind, ergibt sich damit auch eine Zunahme der Profitanteile an der Bruttowertschöpfung. Verglichen mit dem dritten Quartal 2019, war der Profitanteil im dritten Quartal 2022 gesamtwirtschaftlich gesehen um 4 Prozent höher. Insbesondere im Baugewerbe und bei der Energiewirtschaft stieg der Profitanteil überdurchschnittlich: Im Baugewerbe war der Profitanteil im dritten Quartal 2022 um 24 Prozent höher als im dritten Quartal 2019, bei der Energiewirtschaft (inkl. Bergbau und Wasserversorgung) beträgt der Anstieg 19 Prozent. Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastronomie“ betrug der Anstieg 5 Prozent, in der Landwirtschaft 4 Prozent und im Finanzsektor 3 Prozent. In den Branchen, in denen die Löhne und Gehälter stärker gestiegen sind als die Profite, ging hingegen der Profitanteil zurück. Das betrifft etwa die Warenherstellung (Industrie) oder den Bereich Information und Kommunikation. Eine längerfristige Entwicklung der Profitanteile ist im Appendix dargestellt.

Preismargen fließen teils vermehrt in Profite

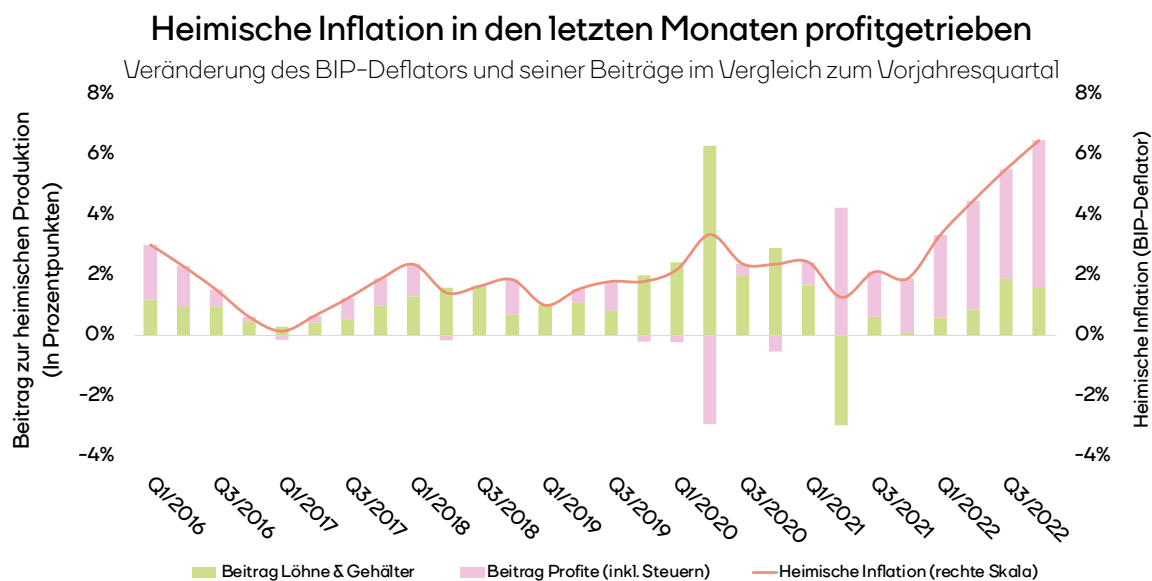


Anmerkung: Bruttobetriebsüberschuss enthält auch Nettoproduktionsabgaben
Quellen: Statistik Austria VGR, Eigene Berechnungen

Profit-Preis-Spirale nahm 2022 drastisch an Fahrt auf

Steigende Profitanteile führten dazu, dass die Profit-Preis-Spirale in den letzten Monaten an Tempo zulegte. Das macht sich auch im langjährigen Vergleich bemerkbar, wie die nachfolgende Abbildung zeigt. Von 2016 bis zur Corona-Krise hat sich die Teuerung mal

stärker auf die Löhne und mal stärker auf die Profite verteilt. Die Stellt man Da die zu zahlenden Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) zunächst von den Unternehmen erwirtschaftet werden müssen, werden sie in der nachfolgenden Grafik zu den Profiten dazugezählt. Andererseits werden die Subventionen von den Profiten abgezogen, denn diese müssen von den Unternehmen nicht erwirtschaftet werden, sie bekommen diese vom Staat. Eine Ausnahme bildeten die Quartale, die akut von der Pandemie betroffen waren (erstes Quartal 2020 bis Mitte 2021). Durch staatliche Unternehmenshilfen kam es hier zu statistischen Verzerrungen¹, die mit Mitte 2021 wieder abgeklungen waren.



Anmerkung: Beitrag der Profite entspricht dem Beitrag der Bruttobetriebsüberschüsse zuzüglich Produktionsabgaben abzüglich Subventionen.
Quelle: Statistik Austria VGR; Eigene Berechnungen.

Seit Mitte 2021 zeigt sich ein rapider Anstieg der heimischen Inflation, die stark von Profiten getrieben war. Ein immer größerer Teil der heimischen Teuerung floss über das Jahr 2022 betrachtet in Profite, während der Anteil der Löhne und Gehälter moderat stieg und zuletzt etwas zurückging. Im Schnitt über das gesamte Jahr 2022 wurden somit rund drei Viertel der Teuerung von Profiten verursacht. Profite waren damit ein starker Inflationstreiber.

Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

¹ Während der Corona-Krise spielten erstmals die Subventionen eine größere Rolle: Im ersten Halbjahr 2020 (den ersten Pandemiemonaten) erhielten Unternehmen großzügige Unterstützungsleistungen seitens des Staats. Diese Unterstützungsleistungen, die von den Gewinnen der Unternehmen abgezogen werden, sorgen dafür, dass der Beitrag der Profite inkl. Steuern und abzüglich Subventionen im zweiten Quartal 2020 negativ ist. Insgesamt dämpften diese drei Faktoren die heimische Inflation. Im zweiten Quartal 2021 ist schließlich der umgekehrte Effekt zu beobachten: Die Subventionen sanken im Vergleich zum Vorjahresquartal stark, wodurch die Profite der Unternehmen weniger stark nach unten korrigiert werden müssen. Schließlich erwirtschafteten sie wieder einen größeren Teil ihrer Gewinne selbst, ohne staatliche Hilfe.

Die Nachwehen der Corona-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit den damit verbundenen Energiepreis-Explosionen haben dafür gesorgt, dass die Teuerung in Österreich in den letzten Monaten drastisch gestiegen ist. Wie diese Kurzstudie zeigt, ist ein Teil der Teuerung allerdings auch Hausgemacht: Heimische Unternehmen haben nicht nur die gestiegenen Energiepreise an ihre Kund:innen weiterverrechnet, sondern zusätzlich ihre eigenen Preismargen erhöht. Besonders stark sind die Preismargen in der Bau-, Energie- und Landwirtschaft, sowie im Bereich „Gastronomie, Handel, Verkehr und Beherbergung“ gestiegen. Die Preiserhöhungen flossen dabei teilweise verstärkt in Unternehmensprofite. Vor allem in der Bau- und Energiewirtschaft, aber auch im Bereich „Gastronomie, Handel, Verkehr und Beherbergung“ kann man daher von einer profitgetriebenen Teuerung sprechen.

Die gestiegenen Preise werden gleichzeitig zum Problem für immer mehr Menschen. Besonders betroffen sind ärmere Haushalte. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten mehrere Maßnahmenpakete zur Unterstützung für Haushalte und Unternehmen vorgelegt. Die Haushalte haben sich jedoch einen großen Teil der Pakete selbst bezahlt: Denn die staatlichen Einnahmen stiegen vor allem durch die Mehrwertsteuer an, die beim Konsum zu bezahlen ist. Problematisch angesichts der Evidenz für die Profit-Preis-Spirale in einigen großen Branchen ist, dass gerade die Körperschaftsteuer ab 2023 gesenkt wird.

Diese Maßnahmen belasten den Staatshaushalt zunehmend. Allein der Energiekostenzuschuss für Unternehmen wird je nach Entwicklung der Energiepreise rund sieben Milliarden Euro kosten. Mit Blick auf die Ergebnisse dieser Kurzstudie droht damit eine Überförderung, wie sie schon während der Corona-Pandemie nachgewiesen werden konnte (Huber 2022).

Vor diesem Hintergrund ergeben sich wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen:

- **Gewinnsteuern erhöhen:** Die staatlichen Unterstützungen der letzten Monate brachten erhebliche Mehrausgaben für den Staatshaushalt. Momentan werden diese Ausgaben großteils von Haushalten finanziert. Denn 75 Prozent der österreichischen Steuereinnahmen stammen aus Steuern auf Arbeit und Konsum. Der zahlenmäßig größte Anstieg war daher auch bei der Mehrwertsteuer zu sehen, der wichtigsten Konsumsteuer. Unternehmensprofite tragen dagegen über die Körperschaftssteuer (KöSt) lediglich 5,8 Prozent zu den Steuereinnahmen bei. Mit Jahreswechsel 2022/23 wurde die Körperschaftsteuer zusätzlich um einen Prozentpunkt gesenkt, womit die Einnahmen aus den Unternehmensprofiten relativ zu ihrem Potenzial sinken werden. Bis inklusive 2026 werden der Republik Österreich durch die KöSt.-Senkung voraussichtlich rund 1,9 Mrd. Euro entgehen (Eraslan et al. 2022). Mit einer Erhöhung der Körperschaftsteuer auf z.B. 35 Prozent könnte man dagegen einen Teil der erhöhten Preismargen abschöpfen. Damit ließen sich insbesondere Staatshilfen für ärmere Haushalte gegenfinanzieren, die unter höheren Preisen leiden.
- **Übergewinnsteuern in ausgewählten Branchen** Der russische Angriff auf die Ukraine hat Österreich wirtschaftlich zur Kriegspartei gemacht, das unter steigenden Energiepreisen leidet. Doch das hat auch die Teuerung und Knappheiten ausgelöst, die wiederum Übergewinne bewirken. Regelmäßig wurden in solchen Situationen, sowohl in Kriegs- als auch Friedenszeiten, Sonderabgaben auf Überprofite eingeführt.

Ähnlich der Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne und Stromproduzenten ist auch eine Übergewinnsteuer in anderen Branchen empfehlenswert. Eine solche Gewinnsteuer in der Baubranche, die hätte in Zeiten einer Immobilienblase jahrelang hohe Einnahmen eingebracht. Mit dem Einbrechen der Branche aufgrund der nun höheren Zinsen ist diese Gelegenheit wohl verpasst worden. Andere Branchen, wie etwa die Bankenbranche, beginnen allerdings jetzt erst, hohe Profite einzufahren. Sie erhöhen die Kreditzinsen deutlich, aber kaum die Einlagenzinsen für ihre Kunden. Spanien etwa plant eine Übergewinn-Abgabe für seine Banken. Solche Steuern könnten helfen, die Profit-Preis-Spirale zu dämpfen.

Anhang I: Methoden

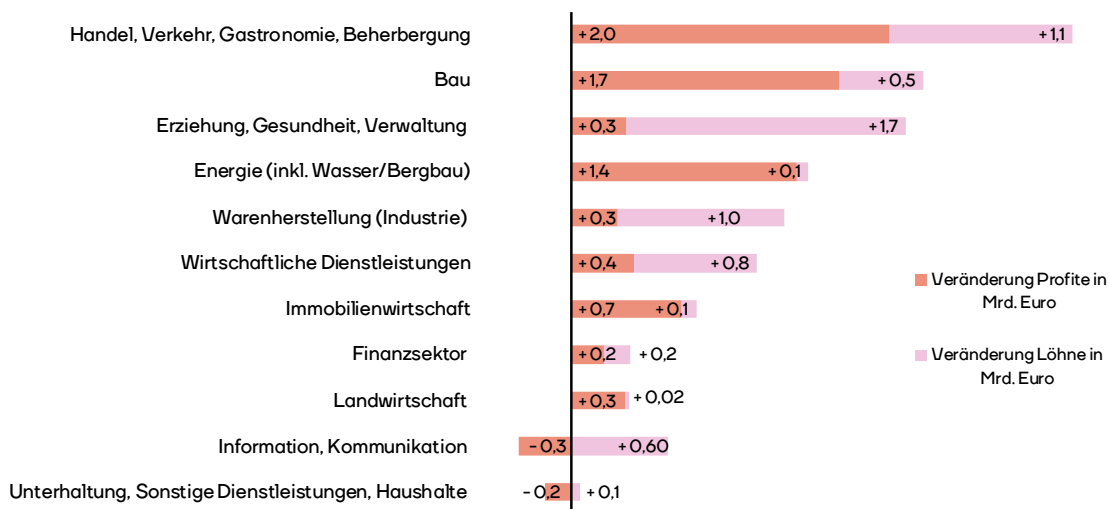
Die Studie lehnt sich an die Methode von Joachim Ragnitz vom ifo Dresden an (Ragnitz 2022). Die Preismargen entsprechen dabei dem Bruttowertschöpfungs-Deflator. Die Bruttowertschöpfung beschreibt den Produktionswert eines Unternehmens abzüglich der Vorleistungen (Energie, Bauteile, etc.). Es handelt sich damit nur um jenen Wert, der durch das Unternehmen selbst geschaffen wurde. Dieser Wert wird quartalsweise von der Statistik Austria im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung publiziert. Die Statistik Austria veröffentlicht dabei sowohl den nominellen Wert als auch den preisbereinigten realen Wert. Setzt man den nominellen Wert ins Verhältnis zum realen Wert, erhält man den Bruttowertschöpfungs-Deflator, der die Preisaufläufe wiedergibt.

Der Anteil der Bruttobetriebsüberschüsse an der Wertschöpfung wird von der Statistik Austria nur für die Gesamtwirtschaft veröffentlicht. Um feingliedrigere Ergebnisse zu erhalten, wurden auf die Vorgehensweise von Ragnitz (2022) zurückgegriffen. Dazu wurden die Arbeitnehmerentgelte von der Bruttowertschöpfung abgezogen. Das Ergebnis entspricht den Bruttobetriebsüberschüssen inklusive den Nettoproduktionsabgaben (Produktionssteuern abzüglich Subventionen). Diese machen gesamtwirtschaftlich allerdings nur 2 Prozent der Bruttowertschöpfung aus, weshalb sie Ragnitz (2022) folgend vernachlässigt wurden. In Krisenzeiten kann sich der Anteil der Nettoproduktionsabgaben allerdings verändern, weil Unternehmen etwa zusätzliche staatliche Hilfszahlungen bekommen. Deshalb wurde das dritte Quartal 2022 mit dem dritten Quartal 2019 verglichen, um Verzerrungen während der Corona-Pandemie auszublenken.

Bei allen verwendeten Zahlen handelt es sich um die aktuellsten Quartalsdaten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Statistik Austria. Die Daten aus 2022 vorläufig. Die endgültigen Ergebnisse werden im September 2023 vorliegen. Laut Auskunft der Statistik Austria sind aber keine größeren Revisionen zu erwarten sein.

Anhang II: Profit- und Lohnanstiege in Euro

Trotz hoher Energiekosten Profitanstiege in fast allen Branchen

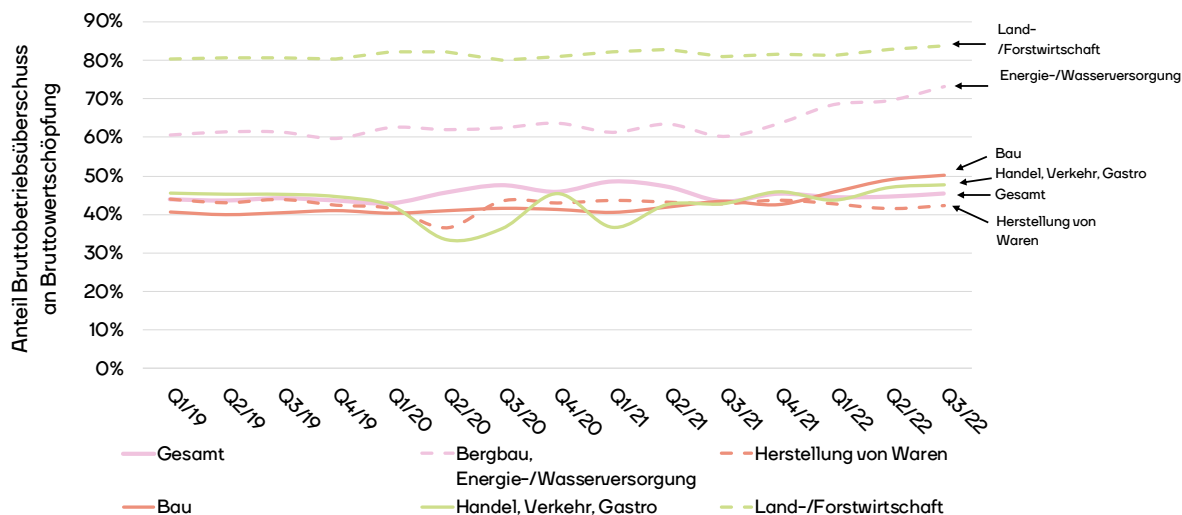


Veränderungen der Unternehmensgewinne und Löhne Q3 2019 bis Q3 2022

Anmerkung: Gewinne enthalten Produktionsabgaben und Subventionen.
Quellen: Statistik Austria, VGR; eigene Berechnungen

Anhang III: Längerfristige Betrachtung der Profitanteile

Steigende Profitanteile bei Energieversorgung und Baugewerbe



Anmerkung: Bruttobetriebsüberschuss enthält auch Nettoproduktionsabgaben.
Quellen: Statistik Austria, VGR; Eigene Berechnungen

Betrachtet man die Profitanteile im Zeitverlauf seit Anfang 2019, dann sieht man, dass die Profitanteile in der Baubranche und in der Energiewirtschaft seit mehrere Quartalen steigen. Bei der Energiewirtschaft hängt der Anstieg sehr deutlich mit dem Beginn der Energiepreiskrise im dritten Quartal 2021 zusammen. Auch der Bereich „Handel, Verkehr und Gastronomie“ hat sich seit der Corona-Krise gut erholt. Auch insgesamt litten die Profitanteile kaum unter der Corona-Krise. Über die gesamte Wirtschaft betrachtet stieg der Anteil der

Unternehmensprofite während Corona sogar. Verzerrt wird der Anteil der Unternehmen in dieser Zeit dadurch, dass er auf Branchenebene nur gemeinsam mit dem staatlichen Anteil als gemeinsame Zeitreihe verfügbar ist. In „normalen“ Zeiten spielt das keine Rolle, weil der staatliche Anteil extrem klein und damit vernachlässigbar ist. Während Corona dürften die hohen staatlichen Subventionen den tatsächlichen Anteil der Unternehmensprofite aber um einige wenige Prozentpunkte nach unten drücken. Mitte 2021 war die Verteilung des „Kuchens“ wieder ähnlich wie vor der Corona-Krise, während die Subventionen wieder eine geringere Rolle spielten. Seitdem kam es gesamtwirtschaftlich wieder zu einem Anstieg des Profitanteils.

Referenzen

Bivens, J. (2022): Corporate profits have contributed disproportionately to inflation. How should policymakers respond? *EPI Working Economics Blog*. Online: <https://www.epi.org/blog/corporate-profits-have-contributed-disproportionately-to-inflation-how-should-policymakers-respond/> [31.01.2023].

Bundeswettbewerbsbehörde (2022): Branchenuntersuchung Kraftstoffmarkt. Eine Analyse der Preise, Bruttomargen und Marktbedingungen von Tankstellen und Raffinerien. Online: https://www.bwb.gv.at/fileadmin/user_upload/Bericht_BU_Kraftstoffe_2022_final.pdf [22.02.2023].

De Loecker, J./Eeckhout, J./Unger, G. (2020): The Rise of Market Power and the Macroeconomic Implications. *The Quarterly Journal of Economics*, 135 (2). Online: <https://academic.oup.com/qje/article/135/2/561/5714769> [31.01.2023].

Eraslan, P./Hasdenteufel, M./Huber, A./Picek, O./Sturn, J./Tölgyes, J. (2022): *Ein Budget mit Verteilungsfehlern. Schnellanalyse des Budgetentwurfs 2023*. Online: <https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-11/Budgetanalyse%202023.pdf> [26.01.2023].

Fink, M./Mayrhuber, C./Rocha-Akis, S. (2022): Steigende Lebenshaltungskosten und Armut. *WIFO Research Briefs 10/2022*. Online: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publicationsid=69632&mime_type=application/pdf [26.01.2023].

Hasdenteufel, M./Sturn, J. (2022): *Unternehmenssubventionen: Österreich zahlte am meisten*. Online: <https://www.momentum-institut.at/news/oesterreich-spitzenreiter-bei-unternehmenssubventionen> [26.01.2023].

Huber, A. (2022): Corona-Hilfen 20/21: Staatshilfen mit schweren Konstruktionsfehlern. *Momentum Institut Kurzstudie 12/2022*. Online: https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-12/Überförderung-Dezember%202022-Momentum%20Institut_0.pdf [26.01.2023].

Konczal, M./Lusiani, N. (2022): *Prices, Profits, and Power: An Analysis of 2021 Firm-Level Markups*. Online: https://rooseveltinstitute.org/wp-content/uploads/2022/06/RI_PricesProfitsPower_202206.pdf [31.01.2023].

Kurier (2022): *IHS und WIFO: Hohe Inflation ist importiert*. Online: <https://kurier.at/wirtschaft/ihs-und-wifo-hohe-inflation-ist-importiert/402034565> [26.01.2023].

Ragnitz, J. (2022): Gewinninflation und Inflationsgewinner. *Ifo Dresden berichtet 5/2022, 24-28*, Online: <https://www.ifo.de/publikationen/2022/aufsatz-zeitschrift/gewinninflation-und-inflationsgewinner> [26.01.2023].

Richardson, D./Saunders, M./Denniss, R. (2022): Are wages or profits driving Australia's inflation? An analysis of the National Accounts. *The Australia Institute Discussion paper*. Online: <https://australiainstitute.org.au/wp-content/uploads/2022/07/Are-wages-or-profits-driving-Australias-inflation-WEB.pdf> [28.02.2023].

Stanford, J. (2022): *15 Super-Profitable Industries Fuel Canada's Inflation*. Online: <https://centreforfuturework.ca/wp-content/uploads/2022/12/Fifteen-SuperProfitable-Industries.pdf> [28.02.2023].

Statistik Austria (2022): *Energiebilanz Österreich 1970–2021*. Online: <https://www.statistik.at/fileadmin/pages/99/AustriaDatenPublikation.ods> [26.01.2023].

Statistik Austria (2023): *Inflation im Jahr 2022 auf 8,6 % gestiegen*. Pressemitteilung: 12 982-010/23. Online: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/01/20230116VPIJahr2022.pdf> [26.01.2023].